

E-Control  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, BearbeiterIn

TÜ/SA/48254

Klappe (DW) Fax (DW)

39204 100265

Datum

14.11.2016

**Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird  
(Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2017, GSNE-VO 2013 – Novelle 2017)**

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des oben genannten Verordnungsentwurfes und erlaubt sich, dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

Der Österreichische Gewerkschaftsbund hält einleitend fest, dass eine endgültige Beurteilung der GSNE-VO 2013, Novelle 2017 erst nach weiterführenden Erläuterungen durch die E-Control möglich ist und behält sich daher eine allfällig ergänzende Stellungnahme für den Regulierungsbeirat (§ 19 E-ControlG) vor.

Der gegenständliche Verordnungsentwurf der Regulierungskommission der E-Control (REK) ist Grundlage für die im Kalenderjahr 2017 anzuwendenden Gas-Netzentgelte (§ 72 GWG 2011). Basis für diese Entgeltbestimmung ist das Kosten- und Mengenermittlungsverfahren der Energie-Control Austria (ECA), die durch den Vorstand der ECA mittels Bescheid festgestellt wurde (§ 69 Absatz 1 GWG 2011). Weiters bestimmt diese Verordnung das Verfahren der Kostenwälzung gemäß § 83 Absatz 3 GWG 2011, die Ausgleichszahlungen zwischen den Netzbetreibern eines Netzbereiches und das Entgelt für die Verteilergebietsmanager der Verteilergebiete Ost, Tirol und Vorarlberg.

Für den Österreichischen Gewerkschaftsbund liegen die wichtigsten Ziele der Regulierung der Gasnetze in der langfristigen Sicherstellung der Versorgungssicherheit sowie in der Leistbarkeit von Energie liegen. Die Netzregulierung muss somit einen kosteneffizienten Netzbetrieb mit ausreichenden Investitionsanreizen für die Netzbetreiber in Einklang bringen.

Darüber hinaus soll die Regulierung darauf Bedacht nehmen, dass die Erreichung von gesamtwirtschaftlichen Zielen bestmöglich unterstützt wird. Bei der Überwälzung von geprüften Kosten auf nachgelagerte Netzebenen muss eine faire Lastenverteilung gegeben sein.

Im Hinblick auf die Netzentgelte für Haushalte (Netzebene 3) sind für den Österreichischen Gewerkschaftsbund folgende Punkte relevant:

- Der Österreichische Gewerkschaftsbund begrüßt die neu eingeführte Regelung, wonach ein Wechsel der Netzebene nur aufgrund eines nachgewiesenen technischen Bedarfs möglich sein soll und nicht aus rein ökonomischen Gründen.
- Die Änderungen der verbrauchsabhängigen Netznutzungsentgelte führen auf der haushaltsrelevanten Netzebene 3 (Zone 1) zu den stärksten Erhöhungen in den Netzbereichen Niederösterreich, Wien und dem Burgenland. Dazu sind weiterführende Erläuterungen zu den Hintergründen dieser Erhöhungen erforderlich.
- Im Zusammenhang mit der Einführung bzw. Anwendung des Tagesleistungspreises sind eine Maßnahmen-Evaluierung und eine Veröffentlichung der Ergebnisse notwendig.

Mit vorzüglicher Hochachtung

  
Erich Foglar  
Präsident



  
Mag. Bernhard Achitz  
Leitender Sekretär